Kuhlmann schlägt Namensschilder an Polizeiuniformen vor

WAZ BOCHUM

Namensschilder an Polizeiuniformen an Stelle der in der Öffentlichkeit geforderten Nummern hat der Bundesvorsitzende der Polizeigewerkschaft, Kuhlmann, vorgeschlagen. Bei einer Podiumsdiskussion an der Ruhr-Universität Bochum über die Vorfälle in Berlin und den Tod des Studenten Benno Ohnesorg erklärte Kuhlmann, man müsse eine Lösung in Ruhe überlegen. Der Bochumer Polizeipräsident Graf von Hardenberg lehnte Nummernschilder als „Diskriminierung eines ganzen Berufsstandes" in der Öffentlichkeit ab. Sprecher der Berliner Polizeigewerkschaft erklärten sich am Donnerstag ebenfalls bereit, über das Tragen von Namensschildern zu diskutieren, wehrten sich jedoch entschieden gegen die Forderung, die Polizeibeamten durch Nummern an den Uniformen aus der Anonymität herauszuheben.

Siehe Kommentar: Nummern für die Polizei

KLAUS KÄMPGEN: WAZ 23.6.67

Nummern für die Polizei

Der gemütliche Schutzmann an der Straßenecke, den die Bürger mit dem Hausnamen ansprechen, den die Kinder unter einem Spitznamen kennen, existiert nicht mehr. Auch die Fußstreife ist in unseren Städten zur Seltenheit geworden. Der Bürger begegnet der Polizei als anonymer Macht, die ihm deshalb doppelt überlegen scheint.

Daran haben auch die Bemühungen nicht viel ändern können, die Polizeibeamten äußerlich der Bevölkerung anzugleichen. Zwar ist der Uniformschnitt ziviler geworden, das Koppelzeug verschwand, und der Beamte trägt seine Visitenkarte bei sich. Aber nicht jeder normale Bürger wagt nach dieser Visitenkarte zu fragen, zumal die Frage immer in kritischen Augenblicken akut wird. Und nicht jeder Beamte antwortet pflichtgemäß, erst recht nicht in so kritischen Situationen wie den jüngsten Demonstrationen in verschiedenen deutschen Städten.

Deshalb ist mit Recht die Forderung nach einer äußeren Kennzeichnung der Polizeibeamten erhoben worden. Obwohl es dafür Beispiele in alten demokratischen Staaten gibt, hat die Berliner Polizeigewerkschaft sichtbar zu tragende Dienstnummern als „Kainszeichen" abgelehnt. Das ist ein bemerkenswerter Ausdruck im Mund friedlicher Ordnungshüter. In Wirklichkeit geht es um eine bessere Verständigung zwischen der Bevölkerung und ihrer Polizei.

Ein Namensschildchen, wie es der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft in NRW, Kuhlmann, vorgeschlagen hat, würde den gleichen Zweck erfüllen. Man sollte darin nicht nur ein Mittel gegen prügelnde Polizisten sehen. Aber vielleicht hat Kuhlmann erkannt, daß es hier sogar einen Vorteil für die Beamten bringen würde. Denn solche Schildchen würden es der Polizeiführung zumindest erschweren, ihre Männer in Situationen zu bringen, in denen sie die Kontrolle über sich verlieren können.

Polizeipräsident meint: WAZ 23.6.67

„Leberwurst" war geschmacklos Beamte sind die Watschenmänner

Kuhlmann: Zivile Wege – Forumgespräch Obrigkeit – Bürger

Im Grundsätzlichen waren sich alle vier Podiums-Disputanten einig, die der Sozialdemokratische Hochschulbund am Mittwochabend zur Diskussion über „Obrigkeit — Polizei — Bürger" in einen Massen-Hörsaal der Uni bat: Jeder Bundesbürger dürfe im Rahmen der Gesetze protestieren, wann, wo und gegen wen er immer wolle. Aber im Speziellen schieden sich die Geister.

Bochums Polizeipräsident Graf von Hardenberg meinte, zwar sei die Polizei für viele der öffentliche „Watschenmann", aber verantwortlich für ihre Einsätze sei sie nicht. „Der Beamte steht auf der Straße und muß handeln." Hier die rechten Mittel anzuwenden, sei der Anfang der „hohen Schule der Polizeitaktik".

„Auch wir machen Fehler, aber wer macht keine", betonte Graf von Hardenberg.

Vieles störend empfunden

Die Polizei in Deutschland sei oft geneigt, Dinge als störend für die öffentliche Ordnung zu empfinden, die es im Grunde gar nicht seien, äußerte sich Prof. Dr. Rudolf, Ordinarius für öffentliches Recht, der gleich mit einem dickleibigen Gesetzeswälzer zur Diskussion erschienen war.

Polizeigewerkschafts-Bundesvorsitzender Kuhlmann legte ein Bekenntnis zum „zivilen Weg" der Polizei ab. Für die Vorgänge in Berlin machte er die Politiker verantwortlich.

Nummernschilder abgelehnt

Auf die Berliner Vorgänge um den Tod Ohnesorgs lenkte der ehemalige SHB-Bundesvorsitzende Zöpel die Aussprache. Sein Vorschlag, Nummernschilder für die Polizisten einzuführen, lehnte der Bochumer Polizeipräsident rundweg als Diskriminierung seines Berufsstandes ab. Die Äußerungen seines ehemaligen Berliner Kollegen Dünsing über die „Leberwurst-Taktik" zeuge von schlechtem Geschmack.

Kuhlmann distanzierte sich eindeutig von seinen Berliner Gewerkschaftskollegen, die kurz vor den Berliner Krawallen ein forsches Vorgehen gegen die „kriminellen" Studenten versprochen hatten.

„Liegt am Prügeln"

In der allgemeinen Diskussion mit den rund 250 Studenten fielen harte Worte wie „Lust am Prügeln". Die Kritik an der autoritätsgläubigen Polizei-Ausbildung war deutlich. Im lebhaften Kreuzfeuer von Beifall und Zischen hatten es die Männer auf dem Podium nicht leicht. Aber immerhin zeigte das öffentliche Hearing deutlich, daß der gemeinsame Wille herrscht, einander näherzukommen.